

Deutscher Bundestag

Elfte Wahlperiode

Drs. XI/XXX

B u n d e s r a t

Drs. BR/100

Datum

25. April 2022

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das
Haushaltsjahr 2022 (Bundeshaushaltsgesetz 2022 – BHG 2022)**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Berlin, den 25. April 2022

DER BUNDESKANZLER

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn
Marko Kassab MdB

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Marius Wexler MdBR

Sehr geehrte Herren Präsidenten,

hiermit übersendet die Bundesregierung Ihnen gemäß Artikel 110 Absatz 3 des Grundgesetzes für
die Bundesrepublik Deutschland den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das
Haushaltsjahr 2022
(Bundeshaushaltsgesetz 2022 – BHG 2022).

Die Entwürfe des Gesamtbundeshaushaltsplanes sind beigelegt. Es wird gebeten, die Beschlussfassung herbeizuführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Matthias Linner

Bundeskanzler

Dr. Irina Christ

Staatssekretärin, BMFW

**Gesetz über die Feststellung
des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022
(Bundeshaushaltsgesetz 2022 – BHG 2022)**

vom ...

Der Bundestag hat das nachfolgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 459 716 254 000 Euro festgestellt.

§ 2

Kreditermächtigungen

- (1) Das Bundesministerium der Finanzen und für Wirtschaft wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 2022 Kredite bis zur Höhe von 129 723 777 000 Euro aufzunehmen.
- (2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 2022 fällig werdenden Krediten zu; deren Höhe ergibt sich aus dem Saldo der im Kreditfinanzierungsplan (Teil IV des Gesamtplans) ausgewiesenen Ausgaben zur Tilgung von Krediten (Nummer 2) und den sonstigen Einnahmen zur Schuldentilgung (Nummer 1.2).
- (3) Das Bundesministerium der Finanzen und für Wirtschaft wird ermächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 4 Prozent des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

§ 3

Gewährleistungsermächtigungen

Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 713 710 000 000 Euro zu übernehmen.

§ 4

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Bundeshaushaltsordnung wird auf 5 000 000 Euro festgesetzt. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50 000 000 Euro überschreiten, sind vor Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen und für Wirtschaft dem Deutschen Bundestag zur Unterrichtung vorzulegen, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 3 der Bundeshaushaltsordnung wird auf 10 000 000 Euro festgesetzt. Für über- oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Ausgaben nur in einem Haushaltsjahr fällig werden, wird der Betrag auf 5 000 000 Euro festgesetzt. Die Betragsgrenze nach Satz 2 wird auch überschritten, wenn bei mehrjährigen über- oder außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen der in Satz 2 genannte Betrag in einem Fälligkeitsjahr überschritten wird. Wenn über- oder außerplanmäßige Ausgaben und über- oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zusammentreffen, gilt insgesamt der in Satz 1 genannte Betrag; Absatz 1 bleibt unberührt. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, die die in den Sätzen 1 bis 4 festgelegten Beträge überschreiten, sind vor Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen und für Wirtschaft dem Deutschen Bundestag zur Unterrichtung vorzulegen, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. Bei über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen ist § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung entsprechend anzuwenden.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen und für Wirtschaft wird ermächtigt, mit Einwilligung des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

- 6 -

§ 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt rückwirkend mit Wirkung des 01. Januar 2022 in Kraft.

Anlage
Entwurf
Bundeshaushaltsplan 2022

Entwurf
Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 2022

Inhaltsübersicht

1	2
Teil I	Bundeshaushalt 2022 – Gesamtplan / Einzelplanübersicht • Einnahmen • Ausgaben
Teil II	Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 Grundgesetz
Teil III	Finanzierungsübersicht
Teil IV	Kreditfinanzierungsplan
Teil V	Änderungen der Haushaltspositionen gegenüber Haushaltshaltsjahr 2021

- Gesamtplan – Teil I – Einzelplanübersicht: Einnahmen -

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	2021 1 000 Euro	2022 1 000 Euro	Veränderung ggü. Vorjahr (mehr: +; weniger: -)
1	2	3	4	5
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	193	0
02	Deutscher Bundestag	1 777	1 824	+ 47
03	Bundesrat	86	21	- 65
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	3 502	3 502	0
05	Bundesministerium des Auswärtigen und für internationale Zusammenarbeit	1 085 525	963 623	- 121 902
06	Bundesministerium des Innern, für Justiz und Verbraucherschutz	1 820 398	1 866 689	+ 46 291
07	Bundesministerium der Finanzen und für Wirtschaft	10 908 218	993 184	- 9 915 034
08	Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Familie, Generationen und Gleichstellung	2 012 362	1 978 353	- 34 010
09	Bundesministerium der Verteidigung	260 797	710 797	+ 450 000
10	Bundesministerium für Gesundheit	102 691	102 663	- 28
11	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Verkehr, Energie und Landwirtschaft	5 273 884	8 916 658	+ 3 642 774
19	Oberstes Gericht	40	40	0
20	Bundesrechnungshof	3 925	2 145	- 1 780
21	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	85	0
30	Bundesministerium für Bildung, Forschung und Digitalisierung	40 276	41 251	+ 975
32	Bundesschuld	64 084 736	138 502 845	+ 74 418 109
60	Allgemeine Finanzverwaltung	276 945 067	305 632 372	+ 28 687 305
-	Insgesamt	362 543 562	459 716 245	+ 97 172 683

Differenzen durch Rundung möglich.

- Gesamtplan – Teil I – Einzelplanübersicht: Ausgaben -

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	2021 1 000 Euro	2022 1 000 Euro	Veränderung ggü. Vorjahr (mehr: +; weniger: -)
1	2	3	4	5
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	44 690	44 473	- 217
02	Deutscher Bundestag	1 032 810	1 072 252	+ 39 442
03	Bundesrat	39 449	38 253	- 1 196
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	4 385 165	3 578 806	- 806 359
05	Bundesministerium des Auswärtigen und für internationale Zusammenarbeit	19 057 247	17 050 639	- 2 006 608
06	Bundesministerium des Innern, für Justiz und Verbraucherschutz	15 134 019	20 789 869	+ 5 655 850
07	Bundesministerium der Finanzen und für Wirtschaft	55 959 424	19 260 546	- 36 698 878
08	Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Familie, Generationen und Gleichstellung	184 993 649	180 452 813	- 4 540 836
09	Bundesministerium der Verteidigung	45 654 981	45 654 981	0
10	Bundesministerium für Gesundheit	24 294 319	26 699 695	+ 2 405 376
11	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Verkehr, Energie und Landwirtschaft	11 097 995	39 640 577	+ 28 542 582
19	Oberstes Gericht	35 866	35 910	+ 44
20	Bundesrechnungshof	163 135	172 987	+ 9 852
21	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	26 846	31 713	+ 4 867
30	Bundesministerium für Bildung, Forschung und Digitalisierung	20 633 692	20 212 139	- 421 553
32	Bundesschuld	14 654 800	16 755 615	+ 2 100 815
60	Allgemeine Finanzverwaltung	45 294 457	68 224 977	+ 22 930 520
-	Insgesamt	442 593 544	459 716 245	+ 17 122 701

Differenzen durch Rundung möglich.

Gesamtplan – Teil II:

Berechnung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme

Rechtsgrundlagen: Artikel 109 Absatz 3 Satz 1 GG, Artikel 109 Absatz 3 Satz 4 GG, Artikel 115 GG, § 5 des Artikel-115-Gesetzes und § 2 der Artikel-115-Verordnung.

		Komponenten zur Berechnung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme	Betrag für 2022 (in Millionen Euro)
1	2	3	4
1		Maximal zulässige strukturelle Kreditaufnahme (in % des BIP)	0,35
2		Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres	3 570 620
3		Maximale zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (Produkt aus 1. und 2.)	12 497
4		Saldo der finanziellen Transaktionen (Differenz zwischen 4a. und 4b.)	- 2 832
	a	Finanzielle Transaktionen: Einnahmen	(923)
	aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	923
	ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen	-
	b	Finanzielle Transaktionen: Ausgaben	(3 755)
	ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	3 755
	bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen	-
5		Konjunkturkomponente (Produkt aus 5a. und 5b.)	- 3 793
	a	Nominale Produktionslücke	- 18 685
	b	Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,203
6		Abbauverpflichtung aus dem Kontrollkonto	-
7		Zulässige Nettokreditaufnahme (Differenz zwischen 3. und der Summe der Positionen 4., 5. und 6.)	19 121
8		Nettokreditaufnahme des Bundes	129 724
9		Finanzierungssalden der Sondervermögen	-
10		Für die Schuldenregel relevante Kreditaufnahme (Differenz zwischen 8. und 9.)	129 724
11		Überschreitung der zulässigen Nettokreditaufnahme (Differenz zwischen 10. und 7.)	110 603

Differenzen durch Rundung möglich.

Gesamtplan – Teil III:

Finanzierungsübersicht

	Finanzierungsübersicht	Betrag für 2021 (in 1 000 EUR)	Betrag für 2022 (in 1 000 EUR)
1	2	3	4
1.	Berechnung des Finanzierungssaldos		
1.1	Einnahmen..... (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen) <i>davon:</i> <i>Steuereinnahmen</i> <i>Verwaltungseinnahmen</i>	294 091 355 274 470 000 19 621 355	329 319 468 311 654 018 17 665 450
1.2	Ausgaben..... (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)	442 493 544	459 716 245
	Finanzierungssaldo	- 148 402 189	- 130 396 777
2.	Finanzierungssaldo		
2.1	Deckung des Finanzierungssaldos		
2.1.1	Münzeinnahmen.....	250 000	173 000
2.1.2	Nettoneuverschuldung (Nettokreditaufnahme) am Kreditmarkt.	99 952 189	129 723 777
2.1.3	Entnahmen aus Rücklagen.....	48 200 000	500 000
2.2	Verwendung des Finanzierungssaldos		
2.2.1	Zuführungen an Rücklagen.....	-	-
2.3	Summe	(148 402 189)	(130 396 777)

Differenzen durch Rundung möglich.

Gesamtplan – Teil IV

Kreditfinanzierungsplan

	Kreditfinanzierungsplan	Betrag für 2021 1 000 Euro	Betrag für 2022 1 000 Euro
1	2	3	4
1.	Einnahmen		
1.1	Einnahmen aus Krediten	(463 585 424)	(556 096 032)
1.1.1	Laufzeit mehr als vier Jahre	194 360 883	206 508 567
1.1.2	Laufzeit ein bis vier Jahre	43 910 136	61 347 555
1.1.3	Laufzeit weniger als ein Jahr	185 214 405	288 239 910
1.2	Sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung	-	-
1.2.1	Bundesbankmehrgewinn	-	-
1.2.2	Freiwillige Geldleistungen Dritter	-	-
1.2.3	Teilaufhebung von Entschuldungsbescheiden nach Art. 25 Abs. 3 Einigungsvertrag	-	-
1.2.4	Rückbuchung erloschener Restanten	-	-
	Einnahmen	463 585 424	556 096 032
2.	Ausgaben zur Tilgung von Krediten		
2.1.1	Laufzeit mehr als vier Jahre	85 129 043	91 158 832
2.1.2	Laufzeit ein bis vier Jahre	43 330 459	36 272 493
2.1.3	Laufzeit weniger als ein Jahr	179 374 331	285 385 591
	Ausgaben	307 833 833	412 816 916
3.	Herleitung der Nettokreditaufnahme		
3.1	Bruttokreditaufnahme (aus 1.1)	463 085 424	556 096 032
3.2	Sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung (aus 1.2)	-	
3.3	Tilgung von Krediten (aus 2.)	- 307 833 833	- 412 816 916
3.4	Eigenmittelbestandsveränderung (Marktpflege)	-	
3.5	Selbstbewirtschaftungsmittel	- 499 998	-
3.6	Sondervermögen	-	-
3.7	Rücklage	- 55 799 400	- 500 000
3.8	Umbuchung zum Haushaltsausgleich	-	- 16 055 339
	Nettokreditaufnahme	99 952 189	129 723 777

Gesamtplan – Teil V

Änderungen der Haushaltspositionen gegenüber Haushaltsjahr 2021

Epl.	Bezeichnung	Volumen 1 000 Euro
1	2	3
04	Geringerer Umfang der baulichen Maßnahmen am BK-Amtsgebäude	+ 50 000 (MA)
06	Hilfsprogramm zur Unterstützung von Ukraine-Geflüchteten	- 1 000 000
10	Intensivierung der Erforschung von Long-Covid	- 10 000
10	Teststrategie gegen Covid-19: PCR-Tests zur Eigenanwendung	- 500 000
60	Erstes Gesetz zur Ergreifung preissenkender Maßnahmen	- 9 000 000 (ME)
60	Gesetz zur Senkung der Stromsteuer	- 4 248 778 200 (ME)
60	Gesetz z. Stärkung der Verteilungsgerechtigkeit, Einkommenssteuer	- 2 321 204 183 (ME)
60	Gesetz zur Erhöhung der Tabaksteuer	+ 1 125 000
60	Zweites Gesetz zur Änderung des Luftsteuergesetzes	+ 850 000
60	Gesetz zur Aussetzung der EEG-Umlage	- 6 600 000
60	Gründung einer Glasfaserausbaugesellschaft des Bundes	- 12 000 000

Legende:

ME Mindereinnahmen

MA Minderausgaben

Differenzen durch Rundung möglich.

Anlage
Wirtschaftsplan
Aufbauhilfe 2021

Wirtschaftsplan – Aufbauhilfe 2021

Gesamtplan

Rechtsgrundlage: § 5 Aufbauhilfefondsgesetz

Kap./Tit. Objekt- konto	Bezeichnung	Ansatz im Wpl. 1 000 Euro	Zuweisungsbetrag 1 000 Euro
1	2	3	4
	Einnahmen		
231 01	Zuführungen des Bundes.....	8 000 000	8 000 000
359 11 / 21	Entnahmen aus der Rücklage.....	-	-
	Einnahmen gesamt.....	8 000 000	8 000 000
	Ausgaben gesamt.....	0	0

